

## Bekanntmachung

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.07.2019 den **Bebauungsplan Nr. III/A 17 Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld „Hellfeld-West“** für das Gebiet südlich der Vinner Straße, westlich der Straße Hellfeld und die **247. Änderung des Flächennutzungsplanes Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld „Hellfeld-West“** im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) – Stadtbezirk Heepen – als **Entwürfe** zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen und dabei den Geltungsbereich des Bebauungsplanes gegenüber dem Aufstellungsbeschluss im Süden um 3 Meter erweitert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst auch zwei externe Kompensationsflächen:

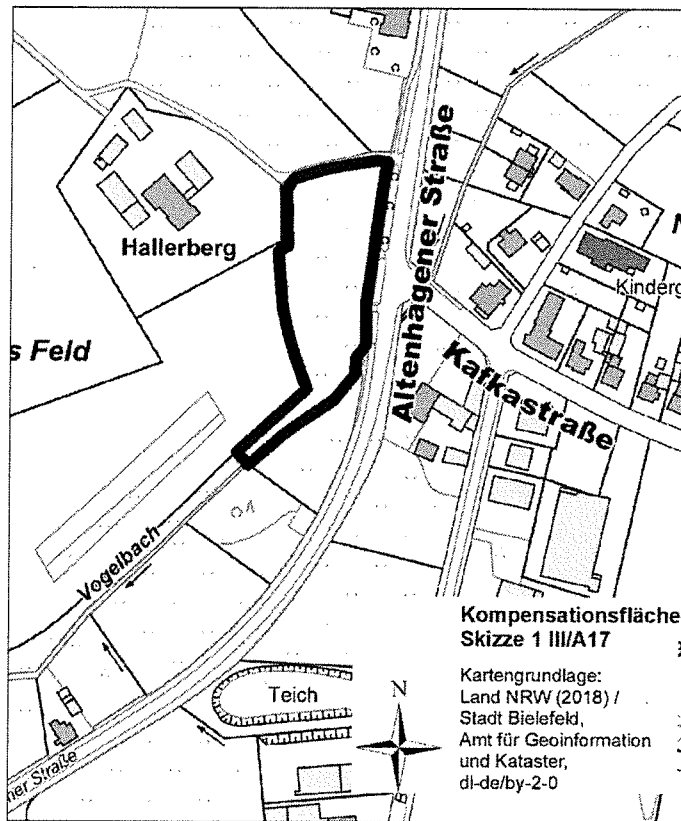
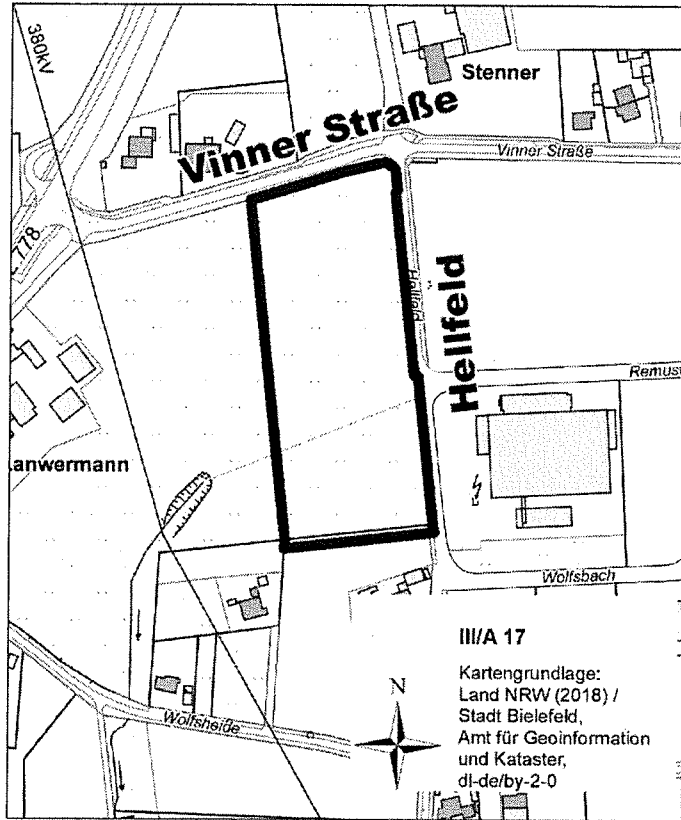
- Kompensationsfläche in der Gemarkung Altenhagen, Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 842 mit Aufwertungsmaßnahmen in der Aue entlang des Vogelbachs und angrenzender Flächen (Skizze 1) und
- Kompensationsfläche südlich des Friedhofs Altenhagen in der Gemarkung Altenhagen, Flur 5, Teilfläche 039/002 des Flurstücks 1430 (Skizze 2).

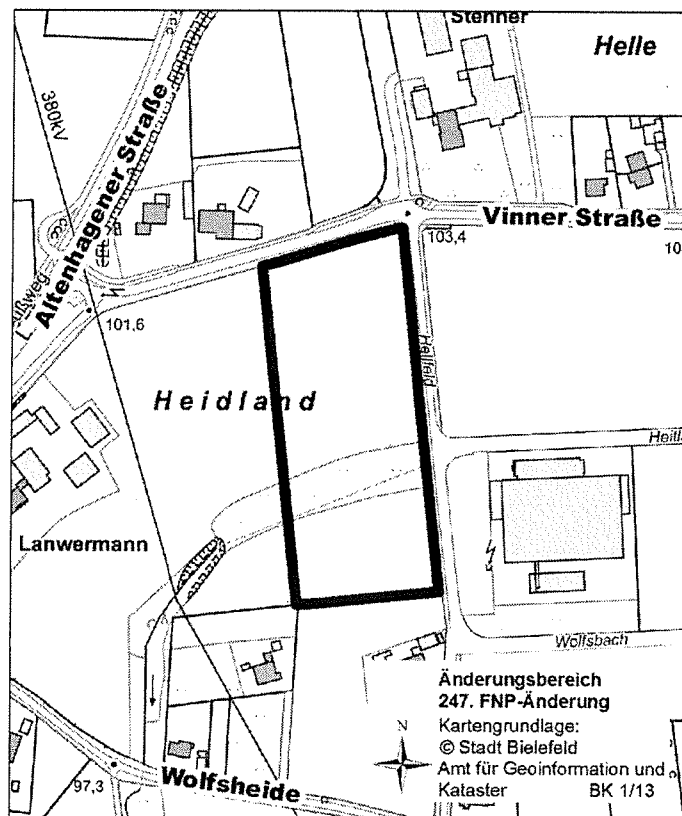
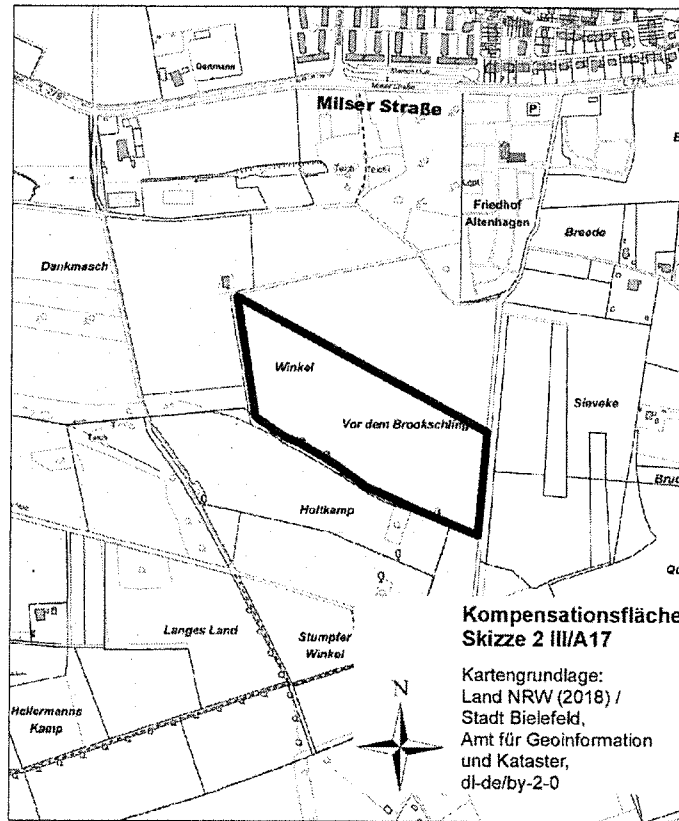
Die Flächen sind in den nachfolgenden Planskizzen entsprechend gekennzeichnet.

Die Planung dient unter Ausnutzung bestehender Infrastrukturen der weiteren Stärkung des interkommunalen Gewerbe- und Industriestandorts OWL und soll den westlichen Abschluss der gewerblich-industriellen Entwicklung am Standort Hellfeld bilden.

Die Beschlüsse haben den folgenden Wortlaut:

1. *Die 247. Änderung des Flächennutzungsplanes Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld „Hellfeld-West“ im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB wird mit der Begründung als Entwurf beschlossen.*
2. *Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. III/A 17 Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld „Hellfeld-West“ wird gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 17.10.2017 im Süden um 3 m erweitert. Für die genaue Abgrenzung ist die im Bebauungsplanentwurf (Nutzungsplan) eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.*
3. *Der Bebauungsplan Nr. III/A 17 Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld „Hellfeld-West“ für das Gebiet südlich der Vinner Straße, westlich der Straße Hellfeld wird mit der Begründung als Entwurf beschlossen.*
4. *Der Entwurf der 247. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. III/A 17 sind mit den Begründungen und den umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2, 3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.*
5. *Parallel zur Auslegung sind gemäß § 4 (2) BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zu den Entwürfen einzuholen.*





In den vorstehenden Planausschnitten sind die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes und der Flächennutzungsplanänderung mit durchgehenden Linien kenntlich gemacht. Für die genauen Grenzen sind die Eintragungen in den Plänen des Bauamtes verbindlich. Die einzelnen Festsetzungen und geänderten Darstellungen gehen aus den Plänen mit Text und Begründung hervor.

Die Entwürfe der Bauleitpläne mit den Begründungen und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen liegen gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB

**vom 25. Oktober bis einschließlich 25. November 2019**

in der Bauberatung des Bauamtes, August-Bebel-Straße 92 (Erdgeschoss, Zimmer 041), 33602 Bielefeld, montags bis mittwochs von 8.30 bis 17.00 Uhr, donnerstags von 8.30 bis 18.00 Uhr, freitags von 8.30 bis 14.00 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Ergänzend können die Unterlagen auch im Bezirksamt Heepen, Salzufler Straße 13, 33719 Bielefeld, Zimmer 15, während der Öffnungszeiten (montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr, donnerstags auch von 14.30 bis 18.00 Uhr) und während des Offenlegungszeitraumes im Internet unter [www.bielefeld.de](http://www.bielefeld.de) in der Rubrik „Planen Bauen Wohnen“ eingesehen werden.

**Die Beschlüsse, Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, werden hiermit gemäß §§ 2 Abs. 1 und 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB öffentlich bekannt gemacht.**

Verfügbare Arten von umweltbezogenen Informationen liegen zu den folgenden Schutzgütern vor:

Mensch und menschliche Gesundheit/Bevölkerung (Immissionen: geringe Erhöhung der verkehrsbedingten Lärm- und Schadstoffimmissionen, Erholung: weitere Beeinträchtigung des Erholungs- und Erlebniswertes der Landschaft), Tiere (Vorkommen von Tierarten, Auswirkungen der Planung: Keine Inanspruchnahme von Schutzgebieten, keine Beeinträchtigung von planungsrelevanten Arten, vollständiger Ausgleich möglich), Pflanzen und die biologische Vielfalt (Darstellung vorhandener/geplanter Biotopstrukturen, keine besonders geschützten Pflanzenarten), Fläche und Boden (Verlust von anthropogen beeinflussten Bodenschichten durch Bodenversiegelungen, Verlust von schutzwürdigen Böden und landwirtschaftlicher Fläche), Wasser (Grundwasser und Oberflächengewässer: Beeinträchtigungen der Grundwasserbildung möglich, Brunnen: Monitoring der Grundwasserstände angezeigt), Klima und Luft (Verlust von Kaltluftentstehungsgebiet, Veränderung des Kleinklimas, insgesamt geringe klimatische Auswirkungen), Landschaft (geringe Beeinträchtigung von Sichtbeziehungen), Kulturgüter und sonstige Sachgüter (keine Betroffenheit), biologische Vielfalt und Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, Art und Menge der erzeugten Abfälle.

Sie sind im Umweltbericht sowie dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag sowie auch teilweise in den Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Träger öffentlicher Belange und der Fachämter enthalten. Im Ergebnis stehen artenschutzrechtliche Belange dem Vorhaben nicht entgegen.

Während der Auslegungszeit können von jedermann Stellungnahmen im Bauamt und im Bezirksamt Heepen schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 6 BauGB bei der Beschlussfassung über die Bauleitpläne unberücksichtigt bleiben, sofern die Stadt Bielefeld deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist. Für die Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 3 Abs. 3 BauGB darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren

nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Bielefeld, den 02.10.2019



Clausen  
Oberbürgermeister